
2420/J-BR/2006

Eingelangt am 05.07.2006

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Bundesräte Wiesenegg

und GenossInnen

an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

betreffend Zusammenlegung der Dritten Klassen des Schuljahres 2006/07 an der Volksschule Reutte

Die Eltern der diesjährigen Zweiten Klassen der Volksschule Reutte wurden von der Schulleitung über die drohende Zusammenlegung der bestehenden vier Klassen zu drei Klassen informiert. Die Begründung lautet:

„Einer Beibehaltung der Teilung in der kommenden 3. Schulstufe kann leider nicht zugestimmt werden, da die Schülerzahl unter 83 Kindern liegt. Erst ab 83 Kindern könnte aufgrund von SPF-Kindern eine zusätzliche Klasse genehmigt werden (§ 17 Absatz 4 des Tiroler Schulorganisationsgesetzes.“

Das heißt, dass die 3a-Klasse des kommenden Schuljahres auf die verbleibenden drei Klassen aufgeteilt werden muss.

In diesem Fall wäre die Aufteilung folgendermaßen vorzunehmen:

3a 28 Schüler davon 9 Schüler mit nicht deutscher Muttersprache

3b 23 Schüler (Integrationsklasse / 2 Kinder mit sonderpäd. Förderbedarf und nur 12 Stützlehrerstunden) 9 Schüler mit nicht deutscher Muttersprache

3c 28 Schüler davon 8 Schüler mit nicht deutscher Muttersprache

Durch die hohen Schülerzahlen und den hohen Ausländeranteil ist die Volksschule Reutte gegenüber den kleinen Volksschulen in anderen Gemeinden stark benachteiligt. Die einzige gerechte und den Erfordernissen der heutigen Zeit entsprechende Lösung wäre eine Absenkung der Schülerzahl.

Die unterzeichneten Bundesräte richten daher an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur nachstehende

Anfrage:

1. Warum verschließen Sie sich, die Klassenschülerhöchstzahlen generell auf 25 bereits ab dem Schuljahr 2006/07 zu senken?
2. Warum wird in Ihren Überlegungen dem Umstand, dass es einen hohen Anteil von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache gibt, nicht ausreichend Rechnung getragen?
3. Warum nehmen Sie in dieser Hinsicht nicht verstärkt auf die regionalen Bedürfnisse Rücksicht?
4. Warum muss erst der Finanzausgleich neu verhandelt werden, wenn es möglich ist so wie bei den 300 zusätzlichen LehrerInnen für Kinder mit Sprachproblemen, weitere notwendige LehrerInnen aufgrund von direkten Verhandlungen mit dem Finanzminister zur Verfügung zu stellen?
5. Sind Sie bereit, sofort Verhandlungen mit den jeweiligen Schulbehörden und Schulerhaltern dort wo es Probleme gibt, wie z.B. in Reutte, aufzunehmen?